



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Zwei offene Fragen an Herrn v. Schleinitz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Staatsmänner fortfahren, die Studenten herauszubeißen, und statt ihre Pflicht zu erfüllen, sich wie die Amerikaner mit einander zu raufen — so wird der Ruf unserer Solidität an der großen Börse der Politik nicht steigen.

† †

Zwei offene Fragen an Herrn v. Schleinitz.

Von der preussischen Grenze.

Vor langer Zeit kam eine Note des Herrn von Schleinitz zum Vorschein, in welcher gegen das auf Einmischung beruhende kurhessische Verfassungsproject protestirt, und die Rückkehr zur alten gesetzlichen Verfassung von 1831 gefordert wurde. Der Bundestag erklärte sich mit ungeheurer Majorität dagegen; der preussische Bevollmächtigte legte gegen den Bundesbeschluß Protest ein.

Befragt, erklärte Herr von Schleinitz, er habe sich alle Folgen dieses Protestes reiflich überlegt.

Seitdem hat der, nach ministerieller Vorschrift zusammengebrachte kurhessische „Landtag“ sich fast einstimmig auf den Boden der Verfassung von 1831 gestellt.

Die Mehrzahl der deutschen Landtage — fast durchweg auf ständischem Princip beruhend — hat denselben Standpunkt eingenommen. Noch lauter, ja drohend spricht die öffentliche Meinung.

Daß Herr von Schleinitz unter diesen Umständen schwieg, finden wir — begreiflich, da er ja selbst erklärt hat, der öffentlichen Meinung dürfe man nicht nachzugeben scheinen, auch wo sie im Recht ist.

Aber nun ist etwas eingetreten, was wir zwar vorausgesagt, aber nicht so schnell erwartet haben.

Die österreichischen Minister bekennen offen ihre Schwärmerei für die kurhessische Verfassung von 1831; ja sie erklären, diese Verfassung von 1831 der ihrigen zu Grunde gelegt zu haben.

— Allah ist groß! —
Der kurhessische Landtag steht bevor; schiebt man ihn auseinander, so ist die Anarchie offenbar. — Würde es nicht gut sein, wenn Herr von

Schleiniß jetzt wieder ein Wörtlein sagte? — Was Oestreich als Muster hervorhebt, das kann doch Preußen nicht bedenklich sein! —

Eine zweite, ernstere Frage.

Auf den Antrag Preußens wegen der Bundeskriegsverfassung haben die würzburger Regierungen geantwortet. Sie haben für den Fall, daß an einem Bundeskriege Oestreich gar nicht, Preußen mit seiner ganzen Macht Theil nimmt, — die Trennung des 7., 8., 9. und 10. Armee-corps von der preussischen Armee in Anspruch genommen.

Was das für den Fall eines Krieges mit Frankreich heißt, liegt auf der Hand.

Wäre es nicht gut, wenn Herr von Schleiniß den Herrn von Reckberg aufforderte, sich umgehend rund und nett darüber zu erklären, wie sich Oestreich zu diesem Antrag stellt? — Da, wenn es etwa demselben beiträte, die elfte Stunde für Preußens Entscheidung geschlagen hätte.

Ein großherziger Fürst hat für denselben Fall die Leitung des Ganzen für Preußen in Anspruch genommen — einen Anspruch, den Preußen selbst bei seinem letzten farblosen Antrag fallen zu lassen schien. — Die Ehre des offenen Wortes hat jetzt Baden, nicht Preußen; wird Preußen noch länger zaudern, männlich auszusprechen und als Willen zu fixiren, was durch die Nothwendigkeit der Sache geboten wird? —

Eigentlich gehören solche Fragen in den Landtag; da aber der Landtag in allen auswärtigen Angelegenheiten ebenso energisch schweigt, wie der Minister, so muß ja wol von anderer Seite an die unumstößliche Wahrheit erinnert werden: daß, so lange Preußen fortfährt, die deutschen Angelegenheiten als auswärtige zu behandeln, seine Vorstellung, eine Großmacht zu sein, nichts ist als ein schöner wollüstiger Traum. ††

Literatur.

Sechzig Jahre des kaukasischen Kriegs mit besonderer Berücksichtigung des Feldzuges im nördlichen Daghestan im Jahre 1839. Nach russischen Originalen deutsch bearbeitet von G. Baumgarten, k. s. Oberlieutenant. Leipzig, B. Schlicke, 1861.